



Bundespersönalvertretungswahlen 2014

Für eine parteiunabhängige Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen im öffentlichen Dienst gegenüber der Dienstgeberseite, gegenüber DirektorInnen, DienststellenleiterInnen, Behörden, gegenüber Landers- und Bundesregierung:



**ArbeitnehmerInneninteressen aktiv vertreten heißt
KollegInnen informieren und mobilisieren**

Arbeitsbelastung steigt durch immer neue Aufgaben für immer weniger Personal – SPÖ-ÖVP-Sparpakete und Aufnahmestopp nicht beklagen, sondern für notwendige Arbeitsplätze kämpfen!

Arbeitszeit wird „kalt“ erhöht durch neue und „all inclusive“, d.h. ohne klare Arbeitszeitregelung angeordnete Tätigkeiten – SPÖ-ÖVP-Sparpakete und Überbelastung der KollegInnen nicht beklagen, sondern gemeinsam für ein demokratisches Dienstrecht und den Aufgaben angemessene Arbeitszeiten kämpfen (38,5 Stundenwoche oder entsprechende Jahresarbeitszeitmodelle)!

Befristete und ungesicherte **Arbeitsverträge** („Generation Praktikum“), Auslagern von Tätigkeiten an private Leiharbeits-Firmen – gegen die Budgetpolitik der Sparpakete und des Aufnahmestopp und für zukunftssichere Arbeitsplätze der jungen KollegInnen kämpfen!

Arbeitseinkommen durch fehlende Abgeltung von Inflation und steigender Arbeitsleistung, durch befristete und Teilzeitverträge bleiben hinter Löhnen vergleichbarer Beschäftigungsgruppen in der Privatwirtschaft zurück – gegen Reallohnverluste im öffentlichen Dienst und Privatwirtschaft gemeinsam kämpfen!

Join the Union – Change the Union.

**ÖVP-Schwarz raus und mehr UG-Bunt hinein in Personalvertretungen und
Gewerkschaft öffentlicher Dienst!**



Bundespersönalvertretungswahlen 2014

Für eine parteiunabhängige Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen im öffentlichen Dienst gegenüber der Dienstgeberseite, gegenüber DirektorInnen, DienststellenleiterInnen, Behörden, gegenüber Landers- und Bundesregierung:



**Soziale Steuerreform „Mehr netto vom Brutto“ UND
ausreichende Finanzierung der öffentlichen Dienste**

Derzeit wird die großen Mehrheit der ArbeiterInnen und Angestellten und öffentlich Bediensteten, die von Lohnarbeit leben und öffentliche Transferleistungen brauchen, immer stärker belastet wird, während eine immer reicher werdende Minderheit, die über Finanzkapital, Besitz, über Spitzeneinkommen und politischen Einfluss verfügt, begünstigt. **Der zukunftsorientierte Ausbau der öffentlichen Dienste kostet. Investitionen in Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung, Ökologie, Gesundheit und Pflege, soziale und Rechtssicherheit** für alle in Österreich lebenden Menschen ist für die gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und demokratische Entwicklung notwendig. Den öffentlichen Diensten fehlen aber dringend erforderliche Budgetmittel.

Ohne sozial umverteilende Steuerreform, ohne vermögensbezogene Steuern bleibt der öffentliche Dienst ohne ausreichende Mittel, Bankensparpakete werden auf Kosten der öffentlich Bediensteten geschnürt.



Es ist höchste Zeit, dass Personalvertretung und GÖD, die ArbeitnehmerInnen-Interessen der KollegInnen offensiv vertreten und das Vertreten von Partei-, Regierungs- und Dienstgeber-Interessen der Regierung und den ParteipolitikerInnen überlassen.

Von Bundesregierung und Finanzminister, von den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP beschlossene Budgetkürzungen sind kein Sachzwang, das fortgesetzte Einsparen im öffentlichen Bereich folgt keinem Naturgesetz.

Join the Union – Change the Union.

ÖVP-Schwarz raus und mehr UG-Bunt hinein in Personalvertretungen und Gewerkschaft öffentlicher Dienst!



Bundespersönalvertretungswahlen 2014

Für eine parteiunabhängige Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen im öffentlichen Dienst gegenüber der Dienstgeberseite, gegenüber DirektorInnen, DienststellenleiterInnen, Behörden, gegenüber Landers- und Bundesregierung:



Warum am 26. und 27. November UGÖD-Listen kandidieren

Die ÖAAB-dominierte GÖD vernachlässigt ihre Aufgabe als ArbeitnehmerInnen-vertretung, sie informiert über Verhandlungen erst im Nachhinein und mobilisiert nicht oder zu spät für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Arbeitseinkommen. **„Noch Schlimmeres verhindern“ genügt nicht, wenn der Dienstgeber vertragsbrüchig wird bzw. einseitig und ohne Ausgleichsmaßnahmen Schlechterstellungen der DienstnehmerInnen vornimmt.**

ZeitsoldatInnen warten immer noch auf die volle Anrechnung ihrer Dienstzeiten. Führende ÖAAB-Funktionäre sind allem Anschein nach mehr der ÖVP-Parteipolitik verpflichtet (z.B. für Privatisierungen + Pragmatisierungsstopp, gegen Gesamtschule) und mächtigen ÖVP-Landesparteiapparaten (z.B. Schulverwaltungsreform verhindern, vom Bund finanzierte PflichtschullehrerInnen unter Landeshoheit behalten). Die jahrelang nur zögerliche Unterstützung der von ÖGB und AK forcierten Steuerstrukturreformen durch die GÖD (Widerstand gegen vermögensbezogene Steuern) haben nur ÖVP-Politiker, Banker und Industriellenvereinigung wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Die sozialdemokratische FSG in der GÖD ist keine Alternative zu ÖAAB/FCG, sondern der geduldige und geduldete kleine Koalitionspartner.



für das parteiunabhängige Vertreten der ArbeitnehmerInnen-Interessen im öffentlichen Dienst und in ausgegliederten Betrieben.

UGÖD-VertreterInnen haben ÖAAB/FCG und FSG beim GÖD-Bundeskongress und in den GÖD-Bundeskonferenzen mit ihren Anträgen **gegen Budgetkürzungen, Nulllohnrunde, Aufnahmestopp, gegen ein LehrerInnendienstrecht mit Arbeitszeiterhöhung und ohne DienstnehmerInnen-Rechte** und **für vermögensbezogene Steuern zur nachhaltigen Sicherung der öffentlichen Dienste**, auch zum Eindämmen von Finanzspekulation konfrontiert. Wir haben sie aber bisher nicht überzeugen können. Nach den Personalvertretungswahlen 2014 kann das anders sein – es liegt an den KollegInnen, ob die absolute Mehrheit von ÖAAB/FCG noch einmal bestätigt wird, oder ob die KollegInnen die parteiunabhängigen UGÖD-Listen stärken.




http://goed.at/typo3temp/_processed_/csm_demo3_zugeschnitten_b2c3d8e1cd.jpg



Bundespersönalvertretungswahlen 2014

Für eine parteiunabhängige Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen im öffentlichen Dienst gegenüber der Dienstgeberseite, gegenüber DirektorInnen, DienststellenleiterInnen, Behörden, gegenüber Landers- und Bundesregierung:

 **Für mehr Demokratie in der GÖD, für Information und Mitbestimmung der KollegInnen, für Urabstimmungen, für solidarische Zusammenarbeit aller ArbeitnehmerInnen, mit ÖGB + AK.**

Das passt ÖAAB/FCG nicht und auch nicht den Spitzenfunktionären der FSG. Gemeinsam sorgen sie für Ausgrenzung und Diskriminierung der UGÖD. **Mehr als 10 Jahren haben sie unter Missachtung der GÖD-Statuten verhindert, dass der von der UG nominierte Kollege Reinhart Sellner als Mitglied des GÖD-Vorstandes die UGÖD als drittstärkster Fraktion zustehenden Informations- und Mitwirkungsrechte wahrzunehmen.** Am 25. Juli 2014 hat der OGH rechtsverbindlich den Rechtsanspruch der UGÖD auf eines der 18 Mandate im GÖD-Vorstandes bestätigt, aber die große GÖD-Koalition blockiert weiter die UGÖD-Aufnahme und damit die rechtskonforme Zusammensetzung des GÖD-Vorstandes. Sitzungstermine, Themen und Beschlüsse des GÖD-Vorstandes sollen möglichst lange vertrauliche ÖAAB-FSG-Sache bleiben.

Gewerkschaftsaustritte liegen nicht im Interesse der ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr aktive GewerkschafterInnen:

Join the Union – Change the Union.

ÖVP-Schwarz raus und mehr UG-Bunt hinein in Personalvertretungen und Gewerkschaft öffentlicher Dienst!



<http://www.salzburg.com/nachrichten/oesterreich/politik/sn/artikel/bund-baute-seit-2003-rund-20000-mitarbeiter-ab-125883/>

Bund baute seit 2003 rund 20.000 Mitarbeiter ab **Beamten-Staatssekretärin Sonja Stebl (SPÖ) freute sich über die im internationalen Vergleich "sehr gut aufgestellte" Verwaltung.**



Von **APA** | 27.10.2014 - 15:03

BILD: SN/APA (NEUBAUER) /HERBERT NEUBAUER
Beamten-Staatssekretärin Sonja Stebl erfreut.

Der Bund hat seit 2003 rund 20.000 Mitarbeiter abgebaut, seit 1997 ist der Personalstand sogar um fast 40.000 Beschäftigte gesunken. Diese Zahlen gehen aus dem neuesten Personalhandbuch hervor.

Mit Stichtag 31.12.2013 hatte der Bund **129.873 Beschäftigte auf Vollzeitbasis**. Im Jahr 2003 waren es noch mehr als 150.000 und im Jahr 1997 fast 170.000. Verantwortlich dafür sind einerseits **Ausgliederungen (mehr als 23.000 Beschäftigte in den letzten 15 Jahren)**, aber auch der **Einsparungskurs** mit einem seit Jahren weitgehend geltenden **Aufnahmestopp**. Damit beschäftigt der Bund bereits weniger Personal als die Länder, die insgesamt fast 138.439 Bedienstete hatten, dazu kamen noch 74.087 Beschäftigte der Gemeinden.

Gesunken ist dabei auch der Anteil der Beamten des Bundes. Ende 2013 lag er bei **57,8 Prozent**, wobei die restriktive Pragmatisierungspolitik bei jüngeren Jahrgängen bereits zu einem deutlich niedrigeren Anteil geführt hat. Bei den über 50-Jährigen liegt der Anteil der Beamten noch bei rund 74 Prozent, **bei den unter 40-Jährigen hingegen nur noch bei 42 Prozent**.

In Österreich arbeiten derzeit 10,7 Prozent der Berufstätigen im Öffentlichen Dienst. Im OECD-Schnitt liegt der Anteil mit 15,5 Prozent um rund die Hälfte höher. Am höchsten ist der Anteil in den **skandinavischen Ländern (Norwegen und Dänemark je rund 30 Prozent)**, am niedrigsten in Japan und Korea mit 6,5 bzw. 6,7 Prozent.

Stebl freute sich, dass der öffentliche Dienst im internationalen Vergleich **"sehr effizient organisiert"** und die Verwaltung **"sehr gut aufgestellt"** sei. "Trotzdem sind wir in Zeiten der Budgetkonsolidierung gefordert, **laufend weiter die Effizienz im öffentlichen Bereich zu verbessern**", betonte die Staatssekretärin. Für die **Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD)** bestätigen die Zahlen hingegen, dass der **Aufnahmestopp** beendet werden müsse. Andernfalls **drohe die hohe Qualität der Verwaltung verloren zu gehen**, erklärte ein Sprecher der GÖD auf Anfrage der APA.

Im Internet abrufbar ist das **Personalhandbuch "Das Personal des Bundes 2014"**, unter <https://www.oeffentlicherdienst.gv.at/publikationen.html>

Was hat die von ÖAAB/FCG dominierte GÖD im Konsens mit dem kleinen Koalitionspartner FSG seit 2003 und in der ablaufenden Funktionsperiode gegen Arbeitsplatzverluste, Aufnahmestopp, Ausgliederungen und verschlechterte Arbeitsbedingungen getan? Was hat sie für die ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst erreicht? Was für die neoliberale Budgetpolitik wechselnder ÖVP-FPÖ und SPÖ-ÖVP-Regierungen?

Bei den Personalvertretungswahlen 2014 gibt es eine Alternative:





www.ugoed.at

Vergleich Gehaltserhöhungen öffentlicher Dienst/GÖD und Metaller/ProG+GPAdj, Abschlüsse 2012-2014

für 2015

Metaller einig: 2,1¹ Prozent mehr (ab 1.11.2014)

GÖD: 1,9% ab 1. März 2015

Inflationsrate Okt.'13-Sept.'14 + 0,1%

Die erste große Herbstlohnrunde ist geschlagen. Gegen ein Uhr in der Früh haben sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Maschinen- und Metallwarenindustrie geeinigt. Die etwa **120.000 Arbeiter sowie Angestellten der Branche bekommen ab November, also ab Samstag, 2,1 Prozent** mehr Lohn beziehungsweise Gehalt... **Mindestlohn um 94€ auf 1730€ angehoben.** (29.10.2014)
<http://oe1.orf.at/artikel/390378>

für 2014

2,5 bis 3,2 Prozent mehr Lohn für Metaller (ab 1.11.2013)

GÖD: 1,55-2,41 ab 1. März 2014

Druck von oben und unten für Metallgewerkschaftschef Rainer Wimmer.

Ab November steigen die Gehälter im Schnitt um 2,85 Prozent, das umstrittene Thema Arbeitszeit wurde ausgeklammert

Wien – Nach elf Stunden Verhandlungen stand das Ergebnis in der Nacht auf Dienstag fest: Die Löhne und **Gehälter von 120.000 Metallarbeitern und Industrieangestellten der Maschinen- und Metallwarenindustrie werden – je nach Lohngruppe – um zwischen 2,5 und 3,2 Prozent** erhöht, wobei niedrige Einkommen mehr bekommen. Metallgewerkschaftschef Rainer Wimmer und Karl Proyer von der Privatangestelltengewerkschaft sprachen von "einem hart erkämpften Ergebnis", Arbeitgeber-Chefverhandler Veit Schmid-Schmidfelden von einem "gerade noch vertretbaren Abschluss".
(28. Oktober 2013, 23:11 - Luise Ungerboeck) <http://derstandard.at/1381370171727/Metaller-bekommen-um-25-bis-32-Prozent-mehr-Lohn>

für 2013

Metaller erhalten 3,4 Prozent mehr Geld (ab 1.11.2012)

GÖD: Nulllohn bis März 2014

Wien/Eid. Der große Knackpunkt Arbeitszeitflexibilisierung, den die Arbeitgeber im Rahmen eines Beschäftigungspakets unbedingt behandelt haben wollten, wurde letztlich ausgeklammert. Dennoch dauerte die vierte Verhandlungsrunde der Metallindustrie 17 Stunden, bis Freitagfrüh eine Einigung zustande kam. Sie sieht für die 120.000 Beschäftigten der Maschinen- und Metallwarenindustrie recht gut aus: Sie erhalten **ab 1. November gestaffelt nach Gehaltshöhe zwischen 3,0 und 3,4 Prozent** mehr Geld. Der **Mindestlohn steigt auf 1636 Euro brutto.** (19.10.2012 | 18:29 | Die Presse)
<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1303477/Metaller-erhalten-34-Prozent-mehr-Geld>

Die ÖAAB/FCG-geführte GÖD ist nach jedem Abschluss damit zufrieden, dass sie, im Rahmen der Regierungsvorgaben, „noch Schlimmeres verhindert hat“.

Bei den Personalvertretungswahlen 2014 gibt es eine Alternative: 

¹ Inflationsabgeltung Oktober'13 - September'14: 1,7% + 0,4% Anteil Produktivitäts-Wirtschaftswachstum = 2,1%



UG-Kandidaturen Bundespersonalvertretungswahl 2014

ZA-Berufsschulen-Wien (Dietmar Mühl) –Vbg (Klaus Trenker), Stmk (Andreas Berghold) -Tiro (UG-FSG) - BerufsschullehrerInnen sind LandeslehrerInnen

ZA APS-W, - OÖ, -T, -St, -S + NÖ - Vbg unabhängige Freie Liste ohne „UG“ - B + K keine Kandidatur - Volks-, HS/NMS- und Poly-LehrerInnen (LandeslehrerInnen)

ZA AHS und 8 FA (außer B)

ZA BMHS und 8 FA (außer B)

ZA PH-Lehrende (Gitta Hellerschmied)

7 BMLVS-UGÖD-Kandidaturen:

- **ZA BMLVS** - (Bernhard Struger)
- DA-HNaA, Heeresnachrichtenamt
- DA-FüUZ, Führungsunterstützungszentrum
- DA-HSZ, Sportzentrum-Team
- DA-BMLVS, Zentralstelle
- DA-HLogZ, Logistikzentrum
- DA- HLogS, Logistikschule

ZA BKA und DA (Sabine Wagner)

ZA Universitätsverwaltung und DA im BMfwf

DA-Verwaltungspersonal BMBF HTL Mödling
(Michael Gableck, Andreas Taxberger)

Vertrauenspersonenausschuss-Verwaltung BMBF HTL-Donaustadt (Manuela Raisl)

DA-Verwaltungspersonal Pädagogische Hochschule Steiermark (Günter Lesny)

DA BMF (Christoph Seydl)

ZA BMLFuW und 2 DA (ULLF-UG Josef Hoppichler und PÜP-UG Michael Mengl)

ZA BM-VIT und DA (Theo Zillner)

Keine UG-Kandidaturen im Exekutivdienst, keine im Landesdienst ohne LandeslehrerInnen.
Die PV-Wahlen Landesdienst haben andere Wahltermine als Bundesbedienstete + LandeslehrerInnen

Personalstand, davon **PV-WählerInnen 2014**

ca. 160.000 Bundesbedienstete + ca 7.500

Bundesbedienstete (Ausgegliederte), davon 57,8% BeamtInnen (Pragmatisierungsstopp seit 2003, ausgenommen Exekutive, Militär, RichterInnen, StaatsanwältInnen;

LandeslehrerInnen ca. 70.000, wählen zeitgleich mit den Bundesbediensteten

BundeslehrerInnen ca. 42.000

Militärischer Dienst+Heeresverwaltung ca. 23.000

Verwaltungsdienst über 45.000

Exekutivdienst über 30.000

Landesdienst ohne LL über 74.000

Landeskrankenanstalten über 45.000

Quelle:

<https://www.oeffentlicherdienst.gv.at/fakten/oesterreich/basis/kenndaten/basiskennndaten.html> - diese aktuellen Basiskenndatengeht geht von **Vollbeschäftigungsäquivalenten (VBÄ)** aus, d.h. Zahlen der PV-wahlberechtigten vollzeit-, teilzeitbeschäftigten und karenzierten KollegInnen ist deutlich höher.



„Mit seinen Vorschlägen spricht Enzenhofer“ [ö. Landesschulratspräsident, Dienstgebervorteiler und ÖVP-Politiker] **vielen überforderten Lehrern aus der Seele. Ganz gezielt, wie Kritiker meinen: Ende November sind Personalvertretungswahlen, Enzenhofer [ö. Landesschulratspräsident, Dienstgebervorteiler und ÖVP-Politiker] hat als Obmann des Christlichen Lehrervereins (CLV) eine Mehrheit von 71,2 Prozent zu verteidigen.“**

<http://kurier.at/chronik/oberoesterreich/sozialdienste-und-zusatzuebungen-vorstoss-fuer-strafen-an-der-schule/95.211.009>

Bundespersönalvertretungswahlen 2014:

Die ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst brauchen parteiunabhängige PersonalvertreterInnen und eine parteiunabhängige Gewerkschaft

KURIER/APA bringen es auf den Punkt:

Wer FCG wählt, wählt ÖVP- und Dienstgeber-Vertreter

Wir brauchen **bessere Arbeitsbedingungen für LehrerInnen und SchülerInnen**, ausreichend Verwaltungs- und pädagogisch-sozialarbeiterisches Unterstützungs- und Verwaltungspersonal an den Schulen. FCG/CLV/ÖPU/ÖAAB haben in den letzten fünf Jahren mit ihrer absoluten PV- und GÖD-Mehrheit nicht dafür gekämpft, nur geredet, geraunt und gejammert (die FSG-Spitzen haben ihr dabei als kleiner Koalitionspartner in der GÖD brav geholfen). Davon wollen Enzenhofer und Kimberger als ÖVP/CLV/FCG-Wahlkämpfer ablenken

Es ist Zeit, **parteiunabhängige PersonalvertreterInnen** zu wählen, die gegen Aufnahmestopp und **für menschenfreundlichere Arbeitsbedingungen**, gegen Nulllohnstunden und **für Realloohnerhöhungen**, gegen befristete und prekäre Beschäftigung, gegen Parteibuch-Besetzungen und **für ein gemeinsames demokratisches Dienstrecht aller öffentlich Bediensteten ohne weitere Arbeitszeiterhöhungen** aktiv waren und die nach den PV-Wahlen 2014 gestärkt weiterarbeiten wollen – auch in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst.

Join the Union – Change the Union. ÖVP-Schwarz raus – UG-Bunt rein!

Für eine konsequente, aktive und demokratische Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen im öffentlichen Dienst und in den ausgegliederten Betrieben:



Der ganze KURIER-Artikel: <http://kurier.at/chronik/oberoesterreich/sozialdienste-und-zusatzuebungen-vorstoss-fuer-strafen-an-der-schule/95.211.009>

48 LeserInnen-Kommentare zu diesem Artikel und eine **KURIER.at-Umfrage** (s.u.) bestätigen: Das CLV/FCG/ÖVP-Ablenkungsmanöver vor den Personalvertretungswahlen, mit dem von partei- und budgetpolitischen Ursachen der Bildungsmisere und von gewerkschaftlichem Versagen abgelenkt werden soll, ist im KURIER-Forum mehrheitsfähig, Zugewinn gegenüber den PV-Wahlen 2009 beträgt hier 4,4% ...

Sollen an den Schulen wieder Strafen eingeführt werden?

- Ja, ich finde die Idee von **Time-out-Klassen** und Sozialdiensten gut. **75.6%**
- Ja, vor allem sollen auch **Nachsitzen und Winklerstehen** wieder eingeführt werden. **13.5%**
- Nein, **Strafen haben in der Schule nichts verloren.** **10.9%**

Freitag 25.07.2014

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140725_OTS0017/ogh-bestaetigt-rechtsanspruch-der-unabhaengigen-gewerkschafterinnen-auf-vertretung-im-goed-vorstand



OGH bestätigt Rechtsanspruch der Unabhängigen GewerkschafterInnen auf Vertretung im GÖD-Vorstand

UGÖD wird gewonnene Informations- und Gestaltungsmöglichkeiten zur Stärkung der parteiunabhängigen Gewerkschaftsarbeit in der GÖD einsetzen.

Gewerkschaftsarbeit, unabhängig von parteipolitischen ÖAAB- und Regierungs-Vorgaben ist auch in der GÖD notwendig. Gewerkschaftsarbeit bedeutet für die UG Information, Aktivierung und Mitbestimmung möglichst vieler Mitglieder, keine passiv-abwartende Stellvertreterpolitik. Vertragsbedienstete, Beamte (immer weniger) und ausgegliederte ASVG-Angestellte brauchen so wie die KollegInnen in der Privatwirtschaft eine kämpferische Vertretung ihrer ArbeitnehmerInnen-Interessen:

- **Soziale Umverteilung: Lohnsteuer senken - vermögensbezogene Steuern erhöhen!**
Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD stehen wie der ÖGB für vermögensbezogene Reichensteuern zur Finanzierung der Lohnsteuersenkung und zur Sicherung der öffentlichen Dienste.
- **Arbeitsplätze gegen Arbeitslosigkeit!**
Wir stehen für budgetär abgesicherte, demokratische und sozial wirksame Reformen im öffentlichen Dienst und gegen arbeitnehmerInnenfeindliche Budgetkürzungen, gegen Aufnahmestopp, Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung durch Aufnahmestopp, gegen „flexible“ Arbeitszeiterhöhungen, prekäre Arbeits-, Leiharbeits- und Praktikumsverträge, gegen parteipolitische Postenvergabe.
- **Kaufkraft stärken!**
Die UG stehen für Reallohnsteigerungen, insbesondere für die KollegInnen mit kleinen und mittleren Einkommen und gegen Nulllohnrouden, für die soziale Steuerreform JETZT! sowieso.
- **Für ein demokratisches, aufgabengerechtes Dienstrecht ohne Arbeitszeiterhöhung!**
Wir stehen für ein zeitgemäßes neues Dienstrecht, das die Arbeitsbedingungen der KollegInnen und die Qualität der öffentlichen Dienste fördert und werden dazu beitragen, dass aktiv und lösungsorientiert unter Einbeziehung der KollegInnen mit dem Dienstgeber verhandelt wird, grundlegende Nachverhandlungen des von den Regierungsparteien im Wahlkampf 2013 durchgedrückten LehrerInnen-Sparpaketes inclusive.



Demokratie wagen: Join the Union – Change the Union!

Das OGH-Urteil beendet Jahre der Ausgrenzung partei-unabhängiger GewerkschafterInnen durch die ÖAAB/FCG-Mehrheitsfraktion in der GÖD. FCG- und FSG-FunktionärInnen werden nicht mehr „unter sich“ ausmachen können, was der GÖD-Vorstand beschließt. KollegInnen, die sich nicht mehr oder noch nie für Gewerkschaftsarbeit an ihren Dienststellen interessieren und von der GÖD, wie sie ist, enttäuscht sind, gibt das OGH-Urteil einen deutlichen Hinweis, dass Veränderungen auch in der GÖD möglich sind.

Gegen Resignation und Gewerkschaftsfrust: parteiunabhängige Kandidaturen bei Personalvertretungswahlen im Herbst 2014 sind eine Chance für mehr Demokratie und für selbstbestimmte, solidarische Gewerkschaftsarbeit in der GÖD.

Wir Unabhängigen GewerkschafterInnen freuen uns auf die mit dem OGH-Urteil gegebenen neuen Möglichkeiten gewerkschaftlicher Arbeit und Zusammenarbeit im GÖD-Vorstand mit christlichen und sozialdemokratischen GewerkschafterInnen. Der als UGÖD-Vertreter bereits am Bundeskongress 2011 nominierte Reinhart Sellner freut sich auf die Einladung zu den Beratungen des GÖD-Vorstandes.

Die Bundesleitung der UGÖD dankt allen KollegInnen in der GÖD und in anderen Teilgewerkschaften des ÖGB, die uns in diesem Rechtsstreit moralisch und finanziell bei der Abdeckung der Kosten unterstützt haben.

Glück auf!

Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner, UGÖD-Vorsitzteam - <http://www.ugoed.at>

Beamte - Unabhängige Gewerkschafter wollen bei PV-Wahl zulegen**Utl.: Gewinne vor allem beim Bundesheer erwartet =**

Wien (APA) - Die Unabhängigen Gewerkschafter in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (UGÖD) wollen bei den Personalvertretungswahlen im Bundesdienst am 26. und 27. November zulegen. UGÖD-Vorsitzender Reinhart Sellner begründete seinen Optimismus am Mittwoch damit, dass seine Fraktion diesmal mehr Kandidaturen zustande bringt und die politischen Rahmenbedingungen besser seien als bei der letzten Wahl 2009.

Sellner hält es auch für möglich, die absolute Stimmenmehrheit der Christgewerkschafter (FCG) von GÖD-Vorsitzendem Fritz Neugebauer zu brechen, wie er in einer Pressekonferenz erklärte. 2009 hatte die FCG knapp 56 Prozent der Stimmen erreicht, die UGÖD 7,5 Prozent. Sellner glaubt, dass die politischen Rahmenbedingungen anders als vor fünf Jahren sind, als eine Kampagne gegen die Sparpläne der damaligen Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) den sozialdemokratischen Gewerkschaftern (FSG) geschadet und die FCG gestärkt habe.

Zugewinne erhofft sich die UGÖD vor allem im Bereich der Landesverteidigung. Angesichts der Sparpläne beim Bundesheer herrsche "große Unsicherheit" unter den Bediensteten, berichtete Spitzenkandidat Bernhard Struger. Er erhofft sich für seine UGÖD, die in diesem Bereich erstmals im Zentralausschuss antritt, "mindestens ein Mandat". Verluste erwartet er hier vor allem für die FSG, aber auch für die FCG.

Neben der Landesverteidigung treten die Unabhängigen u.a. auch im Bundeskanzleramt und in einigen Schulbereichen erstmals in den Zentralausschüssen an. Sie sprechen damit rund 35.000 Bedienstete mehr an als noch bei der letzten Wahl. Keine Kandidatur der Unabhängigen gibt es hingegen bei der Exekutive, wo traditionell die AUF (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher) relativ stark vertreten ist. Schwierigkeiten bei der Zuordenbarkeit schließen sie aus, weil diesmal trotz verschiedener Listennamen immer die Bezeichnung "UG" enthalten sei.

In der UGÖD sind zwar auch Grüne Gewerkschafter vertreten, die Unabhängigen pochen aber selbst auf ihre Parteiunabhängigkeit. Das Spektrum der Kandidaten reiche von kommunistischer Herkunft (Sellner) über sozialdemokratische bis zu christdemokratischer. Einig seien sie sich vor allem darin, die Arbeitnehmerinteressen in den Vordergrund und die Parteipolitik in den Hintergrund zu stellen, betonte Sellner.

(Schluss) mk/spu

APA0313 2014-11-05/12:05

051205 Nov 14

Dr. Manfred Koudelka

Stv. Ressortleiter

Innenpolitik

APA - Austria Presse Agentur eG

Laimgrubengasse 10

1060 Wien

Tel. +43 1 36060-1336

Fax. +43 1 36060-92 1336

manfred.koudelka@apa.at

www.apa.at

